

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. Februar 2017	31
2	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2017/18	31
3	Sanierung Elfenaustrasse; Verpflichtungskredit	32
4	Motion FDP/jf-Fraktion: "Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben"; Zwischenbericht	33
5	Postulat Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung!; Zwischenbericht	35
6	Motion forum betr. lokale und nachhaltige Beschaffung	35
7	Postulat forum betr. "Lokal Einkaufen" Funktion/App	38
8	Informationen des Gemeinderats	45
9	Neue parlamentarische Vorstösse	45

Der Vorsitzende eröffnet die 383. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreter der Presse sowie seitens der Verwaltung die Herren Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, und Samuel Anrig (Dienststelle Umweltschutz).

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 21. Februar 2017

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2017/18

Der Vorsitzende erklärt, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Markus Bärtschi erklärt als gemeinderätlicher Sprecher: *Alle Jahre wieder* ...komme auch der Rahmenkredit für den Unterhalt von unseren Strassen. Es handle sich um ein bewährtes Instrument; die entsprechenden Beträge seien jedes Jahr im Investitionsplan eingestellt. Der Rahmenkredit decke zwei Kategorien von Geschäften ab: Einerseits Vorhaben über CHF 50'000.00; Aktivierungsgrenze gemäss HRM2. Andererseits unvorhergesehene Vorhaben, wenn sie zeitlich dringend seien. Alle übrigen Vorhaben würden mit Verpflichtungskrediten, wie z.B. im nächsten Traktandum, projektbezogen beantragt und einzeln abgerechnet. Der beantragte Rahmenkredit betrage unverändert

CHF 500'000.00 pro Jahr. Neu werde er für 2017/18, d.h. für mehr als ein Jahr, beantragt. Dies ermögliche es, die unter dem Kredit ausgelösten Projekte noch im ersten Semester des Folgejahres fertigzustellen und abzurechnen. Erfahrungsgemäss könnten nicht alle Projekte bis zum 31. Dezember abgeschlossen, geschweige denn abgerechnet werden. Man habe dann jeweils trotzdem fertiggemacht, mit der neuen Formulierung fühle man sich aber diesbezüglich wohler. Es sei entsprechend vorgesehen, wie bis anhin für jedes Rechnungsjahr einen Rahmenkredit von CHF 500'000.00 zu beantragen, welcher indessen neu offiziell bis im Mai des Folgejahres abgerechnet werde. Von den finanziellen Auswirkungen her ändere nichts. Der Gemeinderat beantrage dem Grossen Gemeinderat die Bewilligung des Rahmenkredits im Betrag von CHF 500'000.00.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird von Markus Bärtschi nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen in den Jahren 2017/18 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 inkl. MWST bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

3 Sanierung Elfenaustrasse; Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende erklärt, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Markus Bärtschi erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, beim Unterhalt unserer Gemeindestrassen sei die Gemeinde für den Strassenbelag, die Beleuchtung und die Strassenentwässerung zuständig. Regelmässig würden aber auch Werkleitungen der gbm (z.B. Gas, Wasser, Abwasser, Telekom) oder von Dritten (BKW, Swisscom) im Strassenraum verlaufen. Jeder dieser Werkeigentümer habe seinen eigenen Investitions- und Sanierungszyklus. Für den Strassenkörper gelte, dass die Unterhaltskosten gegen Ende der Nutzungsdauer ansteigen würden; es mache in der Gesamtbeurteilung Sinn, die Erneuerung rechtzeitig und geplant anzugehen. Eine schlecht unterhaltene Infrastruktur verursache höhere Lebenszykluskosten. Dabei sei nicht nur an die von aussen bzw. oben sichtbare Substanz zu denken, sondern auch an den unterirdischen Aufbau und den Zustand der nicht sichtbaren Teile. Wenn Leitungen ersetzt oder geflickt werden müssten, bedinge dies Grabarbeiten und wer grabe, habe die Strasse wieder instand zu stellen. Dabei würden aber nur die Gräben wieder aufgefüllt und mit einer neuen Deckschicht versehen. Die Gemeinde – und insbesondere das Parlament – habe jederzeit die Möglichkeit, den Gemeindeteil einer Sanierung abzulehnen und den Verursacher sein Loch wieder flicken zu lassen. Der lokal veränderte Unterbau sowie die Übergänge in Trag- und Deckschicht würden in diesem Fall aber Schwachstellen bilden, die zu vorzeitiger Alterung des Strassenkörpers führen würden. Es sei also erstens anzustreben, den Sanierungszyklus der Leitungen im Boden und den Sanierungszyklus der Strasse möglichst in Übereinstimmung zu bringen, nach dem Motto: "einmal lochen und danach möglichst lange nicht mehr". Gemeinsame Sanierungen würden zweitens Synergien bieten und für alle Beteiligten günstiger zu stehen kommen. Drittens entspreche es dem Interesse der Anwohner und der Strassenbenützer, dass über einen bestimmten Zeitraum nicht mehr Baustellen bzw. Bauzeit als nötig erduldet werden müssten.

Die Gemeinde bemühe sich aus diesen drei Gründen bei ihrer Sanierungstätigkeit um Koordination mit den übrigen Werkeigentümern. Wenn die Gemeinde Sanierungsbedarf habe, werde wenn immer möglich auch auf eine gleichzeitige Erneuerung der Leitungen gedrängt und umgekehrt probiere man wenn möglich, bei leitungsbedingten Arbeiten eine Gesamtsanierung vorzunehmen. Bei der Elfenaustrasse bestehe aus Sicht der Gemeinde Handlungsbedarf in den Bereichen Strassenentwässerung, Beleuchtung, Belagsoberfläche und bei den Randsteinen. Die gbm würden alle ihre Leitungen (Wasser, Abwasser, Gas und Telekom) im Bereich Kreuzung Belpstrasse bis zur Einmündung Brunnenweg erneuern. Das vorliegende Projekt sehe vor, dass die Gemeinde den Strassenkörper von der Kreuzung Mettlengässli bis zum Lindenweg totalerneuere und auf der übrigen Länge der Strasse umfassend saniere. Im Investitionsplan seien dafür CHF 600'000.00 eingestellt; die Einsparung vom Vorprojekt zum Projekt ergebe sich aus dem Verzicht auf die Totalerneuerung auf der ganzen Strassenlänge und mache rund CHF 100'000.00 aus. Im Zug des Projekts werde das Trottoir verbreitert und die Situation bei den Hauszugängen entlang der Südseite der Belpstrasse verbessert, die direkt in den Strassenraum münden würden. Dafür würden die bestehenden Parkplätze neu angeordnet, die Anzahl bleibe aber unverändert.

Der beantragte Kredit enthalte eine etwas grössere Reserve als üblich, weil die Massnahmen bei den Hausanschlüssen noch nicht definitiv geplant seien; dabei solle bei der Ausführung wo möglich auf die Interessen der direktbetroffenen Grundeigentümer Rücksicht genommen werden. Der Gemeinderat beantrage dem Grossen Gemeinderat die Sprechung des Verpflichtungskredits in der Höhe von CHF 520'000.00.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, sie bitte den Gemeinderat, bei der Realisierung dieses Geschäfts dafür besorgt zu sein, dass bei den öffentlichen Parkplätzen auf dieser Strasse wenn möglich mit Rasengittersteinen funktioniert werde, wie dies z.B. im unteren Bereich des Mettlengässlis der Fall sei. Sofern es Strasseninseln gebe, möge der Gemeinderat im Übrigen schauen, ob diese begrünt werden könnten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Markus Bärtschi nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die vorgeschlagene Sanierung wird gutgeheissen.
2. Sprechung Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 520'000.00 inkl. MWST.

4 Motion FDP/jf-Fraktion: "Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben"; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Daniel Arn (FDP) führt aus, er habe als Erstunterzeichner dieser Motion erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Vorstoss eine Wirkung erzielt habe. Es sei nicht jede gelbe Markierung in der 30er Zone von der Strasse entfernt worden, sondern man habe einen Halt gemacht und sich überlegt, was wo entfernt werden müsste. Ebenfalls habe er mit Freude gelesen: "*Obschon Ausnahmen nach den allgemeinen Grund-*

sätzen des Verwaltungsrechts restriktiv zu handhaben sind, ist der Gemeinderat zu einer grosszügigen Auslegung der Vorgaben bei der Überprüfung bereit." Der Sinn der dringenden Motion sei primär wirklich die Überprüfung gewesen und auch bezüglich des weiteren Vorgehens habe er ein gutes Gefühl; die Sache werde sehr intensiv angeschaut. Im Übrigen handle es sich vorliegend um einen Zwischenbericht; die Motionäre würden sich gegebenenfalls wieder einbringen. Er danke dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für den ausgearbeiteten Zwischenbericht.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Peter Kneubühler (FDP) erklärt, er habe den Zwischenbericht ebenfalls gelesen, dieser enthalte wirklich sehr viele Informationen, u.a. auch relativ viele neue Informationen. Ein Teil davon habe bei ihm auch wieder neue Fragen aufgeworfen. Als er diese Fragen vorbereitet habe, um sie heute Abend zu stellen, habe er festgestellt, dass es eine Vielzahl geworden sei. Deshalb habe er eine Interpellation verfasst, die er heute Abend abgeben werde. Einerseits, um nicht den Rat mit diesen Fragen zu langweilen und im Sinne eines effizienten Ratsbetriebs und andererseits, um nicht den Gemeinderat völlig zu überrumpeln und auf dem linken Fuss zu "erwischen" mit Fragen, die er nicht kenne. Aufgrund der neuen Informationen im vorliegenden Zwischenbericht werde er deshalb heute eine Interpellation einreichen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Markus Bärtschi führt in seinem Schlusswort aus, er danke Peter Kneubühler vorab für den Weg der Interpellation. Sehr wahrscheinlich wäre er ohnehin so verblieben, dass er gesagt hätte, Peter Kneubühler erhalte die gewünschten Antworten, aber wohl nicht spontan heute Abend. Der Gemeinderat habe das Anliegen der Motion aufgenommen und teile es grundsätzlich. Im Rahmen des übergeordneten Rechts bemühe er sich um die Erhaltung der Fussgängerstreifen. Die Problematik sei nicht neu, der Grosse Gemeinderat habe anlässlich der Einführung von Tempo 30 Zonen schon verschiedentlich darüber debattiert. Nach seinem persönlichen Dafürhalten sei eine durch sinnvolle Möblierung und Vortrittsregelung verkehrsberuhigte 40er Zone mit Fussgängerstreifen und mit Vortritt bei den Fussgängerstreifen einer Tempo 30 Zone ohne Fussgängerstreifen und ohne Vortritt der Fussgänger vorzuziehen. Der Teufel liege im Detail: Der Titel der Motion spreche in Übereinstimmung mit den Normen von "Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen". Es treffe grundsätzlich zu, dass auch auf Schulwegen Ausnahmen möglich seien, wenn sowohl der Schulweg als auch die Strasse genügend stark frequentiert seien. Nebst dem spezifischen Problem der restriktiven Ausnahmen in diesen Zonen müssten alle Fussgängerstreifen aber auch die technischen Voraussetzungen erfüllen. In der Vergangenheit sei in diesem Bereich vielerorts gesündigt worden und es würden derzeit auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene Überprüfungen laufen mit dem Ziel, die als gefährlich erkannten Fussgängerstreifen im Zweifel eher aufzuheben, wenn nicht mit baulichen Anpassungen die Einhaltung der Normen erreicht werden könne. Ausserorts sei dies immer einfacher als auf Gemeindestrassen; je enger der Raum sei und je kleinzelliger er genutzt werde, desto schwieriger sei eine bauliche Anpassung.

Der Gemeinderat teile die herrschende Auffassung, dass ein nicht normgerechter Fussgängerstreifen falsche Sicherheit vermitteln und Gefahr schaffe, anstatt sie zu reduzieren. Der Gemeinderat sei aber auch bereit, die Schaffung von normgerechten Fussgängerstreifen anzustreben und den Handlungsspielraum auszunützen.

Es würden noch an verschiedenen Orten in unserer Gemeinde Fussgängerstreifen in 30er Zonen bestehen, welche die Anforderungen nicht erfüllen würden. Solange dort keine Strassensanierungen erfolgen müssten, würden sie vorderhand so bleiben wie sie seien. Würden aber Arbeiten vorgenommen, müsse sichergestellt werden, dass

diese normgerecht ausgeführt würden. Es gehe dabei nicht um Ungleichbehandlung; die Situation sei mit derjenigen des Treppengeländers in einem alten Haus vergleichbar, welches nach heutiger Norm nicht die erforderliche Höhe aufweise. Solange es unverändert belassen werde, sei es in Ordnung, wenn aber das Treppenhaus erneuert werde, müsse auch das Gelände angepasst werden.

Als nächstes werde man für die Fussgängerquerungen Pourtalèsstrasse / Parkweg und Unterer Wehrlweg / Gartenstrasse beim Kanton die entsprechenden Gesuche einreichen; dies sollte noch vor den Sommerferien geschehen. Dabei werde man auch Kontakte herstellen, Erfahrungen sammeln und quasi nebenbei den Handlungsspielraum ausloten. Aus diesem Grund lege der Gemeinderat vorliegend einen Zwischenbericht vor; er bleibe am Ball.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion FDP/jf-Fraktion: "Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben" wird Kenntnis genommen.

5 Postulat Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung!; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) verzichtet als Postulant auf ein Votum.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung! wird Kenntnis genommen.

6 Motion forum betr. lokale und nachhaltige Beschaffung

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe sich wirklich bemüht, eine fundierte und ausführliche Analyse vorzunehmen und diese ebenso fundiert und ausführlich wiederzugeben. Der Rat könne der Analyse und den Ausführungen des Gemeinderats entnehmen, dass er bei der Beschaffungspraxis in den einzelnen Verwaltungsabteilungen der Gemeinde bei gleichartigen Vorgängen noch gewisse Vereinheitlichungsbestrebungen anerkenne. Deswegen sei der Gemeinderat bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) führt aus, das forum sei nicht ganz einverstanden mit der Aussage des Gemeinderats, es gebe grundsätzlich keinen Handlungsbedarf in dieser Sache. Das forum sei aber natürlich einverstanden mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat und bedanke sich dafür, dass der Gemeinderat bereit sei, das Anliegen in diesem Rahmen entgegenzunehmen. In dieser Motion gehe es um zwei Aspekte: Einerseits um eine lokale Beschaffung, andererseits um eine nachhaltige Beschaffung. Dabei handle es sich um zwei verschiedene Sachen, zwischen denen aber durchaus eine Verbindung bestehe, indem eine lokale Be-

schaffung tendenziell nachhaltiger sei als eine, die von weiter her passiere, auch wenn dies im Einzelfall immer separat geprüft werden müsse. Aber eines nach dem anderen.

Vorab zur lokalen Beschaffung: Man habe bei anderen Gemeinden im Kanton Bern etwas nachgeforscht, wie es um die Thematik der Traktanden 6 und 7 stehe. Ein gutes Beispiel sei Münsingen, welches man der Gemeinde gerne ans Herz legen möchte. Die Antwort von Münsingen laute wie folgt: *"Innerhalb der gesetzlichen Vorgaben haben wir den Spielraum in der kommunalen Submissionsgesetzgebung ausgenützt, um generell das ortsansässige Gewerbe zu berücksichtigen."* Dies sehe konkret so aus, dass in den Beschaffungsrichtlinien der Gemeinde Münsingen unter den Art. 6 und 7, welche das Einladungsverfahren und das freihändige Verfahren behandeln würden, ein Abschnitt enthalten sei, wo stehe: *"Vorweg sind Münsinger Firmen einzuladen."* Das forum sei der Meinung, dass so etwas auch in unserer Gemeinde sinnvoll wäre. Einerseits sei damit die Praxis klar, alle wüssten, was gelte, es sei schriftlich festgehalten und somit sei auch die Rechtssicherheit gewahrt. Es sei nicht ganz dasselbe, wenn so etwas in Beschaffungsrichtlinien enthalten sei, wie wenn der Gemeinderat in seiner Antwort formuliere, es sei nicht unüblich, dass lokale Unternehmen angefragt und berücksichtigt würden.

Zum zweiten Punkt, nachhaltige Beschaffung: Das forum sei etwas überrascht gewesen, dass in der Antwort des Gemeinderats der Fokus auf die soziale Nachhaltigkeit gelegt worden sei; man wisse nicht genau, wie dies aus dem Motionstext herausgelesen worden sei. Sicher sei wichtig, dass es um einen umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff gehen müsse, so wie ihn auch die Stadt Bern im Rahmen ihres Leitbildes "Nachhaltige Beschaffung in der Stadtverwaltung" verwende, worauf in der Motion verwiesen werde. Auch hier habe man etwas herumgehört, was eigentlich Sache sei. Beim Lesen der Antwort des Gemeinderats habe man fast den Eindruck, es sei etwas unsinnig und fast unmöglich, was verlangt werde. Ein kleiner Gemeindevergleich: Ittigen habe 11'500 Einwohner und 11'000 Arbeitsplätze, in der Gemeindeverwaltung gebe es 60 bis 70 Vollzeitstellen und Ittigen sei damit in den massgebenden Parameter durchaus vergleichbar mit unserer Gemeinde. Sie habe mit der zuständigen Person telefoniert, da sie zur Einschätzung der Gemeinde eine Zweitmeinung habe einholen wollen. Was ihr Herr Pauli gesagt habe sei, dass Ittigen das Solidar-Suisse-Rating als sehr sinnvoll erlebt habe, dass die Kriterien, die dort beurteilt würden, für sie folgerichtig gewesen seien und dass das Rating eigentlich ihre Selbsteinschätzung bestätigt habe. Insbesondere die Fortschritte, die sie in ihrer Arbeit über die letzten paar Jahre gemacht hätten – speziell im Zusammenhang mit der ISO-Norm 14001, womit Ittigen zertifiziert sei –, würden absolut in die gleiche Richtung gehen. Sprich: Das Solidar-Suisse-Rating sei nicht irgendein "fly by night-Projekt", welches Kriterien verwende, die sonst bei niemandem anwendbar seien, sondern es sei durchaus "in line" mit Kriterien, wie sie z.B. ISO 14001 verwende. Nachhaltigkeit sei in Ittigen zentral für alle Beschaffungen; für Produktebeschaffungen, Bauleistungen, Verbrauchsmaterial in der Verwaltung, vom Toilettenpapier bis zu den Kaffeekapseln, es gehe um öffentliche Anlässe und was dort ausgeschenkt werde usw.; es sei relativ umfassend, wie dies gehandhabt werde. Aus dem Beispiel Ittigen entnehme sie, dass es nicht ein Ding der Unmöglichkeit sei, so etwas zu bewerkstelligen, dass die Gemeinde Muri-Gümligen durchaus die Ressourcen und die Grösse hätte, etwas Derartiges anzugehen, dass man von den Erfahrungen profitieren könnte, die andere gemacht hätten – dass man also nicht alles von Grund auf neu erfinden müsste – und dass es vor allem eine Frage des politischen Willens sei, ob man dies wolle oder nicht. Muri-Gümligen habe sich nun das Energiestadt-Label "angeschnallt" und probiere, bei diesem Thema ein wenig eine Vorreiterrolle einzunehmen. Sie denke, es würde uns gut anstehen, auch bei der nachhaltigen Beschaffung etwas anspruchsvoller zu sein und uns nicht mit den Schlusslichter-Gemeinden, sondern eher gegen vorne mit Ittigen und der Stadt Bern, zu vergleichen. Sie danke mit diesen Ausführungen dem Gemeinderat für die Empfehlung, die Motion als Postulat zu überweisen. Das forum sei

gerne bereit, bei diesem Thema auch weiter mitzuarbeiten, sofern dies gewünscht werde.

Eva Schmid erklärt, das Ansinnen dieses Vorstosses sei ganz auf der Linie der SP-Fraktion. Selbstverständlich erachte es die SP geradezu als ein Muss, dass das Gemeinwesen lokal und nachhaltig beschaffe. Dabei sollte sich – wie Gabriele Siegenthaler Muinde ausgeführt habe – die Nachhaltigkeit im Sinne von ökonomisch, ökologisch und sozial orientieren; dies sehe die SP absolut ebenfalls so. Die Gemeinden Bern, Münsingen und Ittigen würden vormachen, dass dies problemlos möglich sei und sie schlage vor, dass wir ihnen dies nachmachen sollten. Wir seien die attraktivste Gemeinde im Kanton Bern und hätten das Energiestadt-Label, dies würde eigentlich gut zusammen passen. Die SP-Fraktion unterstütze den Vorstoss.

Matthias Gubler führt aus, die FDP-Fraktion habe an ihrer Sitzung die Motion für eine lokale und nachhaltige Beschaffung analysiert und besprochen. Im öffentlichen Beschaffungswesen setze die Gemeinde Muri die Weisungen, welche am 1.1.2015 in Kraft gesetzt worden seien, bereits um. Mit diesen Weisungen solle der Wettbewerb bei der öffentlichen Auftragsvergabe gefördert und eine einheitliche Vergabepaxis in der Gemeinde angestrebt werden. Im Einklang mit den Schwellenwerten würden durchaus Betriebe aus der Gemeinde bei der Vergabe berücksichtigt. Die FDP sei der Meinung, dass sich die Praxis in unserer Gemeinde bei Vergaben seitdem bestens bewährt habe. Nach Möglichkeit würden die im Gemeinderat der Solidar Suisse aufgezeigten Nachhaltigkeitsschwerpunkte bestmöglich berücksichtigt, wobei beim Betrachten der Analyse festzustellen sei, dass relativ wenige Gemeinden des ganzen Kantons vertreten seien; die Umfrage sei nicht ganz repräsentativ. Für grössere Projekte im offenen Verfahren richte sich die Gemeinde nach dem Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen (simap). Ein eigenes, aufwändiges Reglement erachte die FDP nicht als liberal. Deshalb lehne sie die Motion ab, überweise den Vorstoss aber als Postulat.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Thomas Hanke führt in seinem Schlusswort aus, er danke den Motionären für die Bereitschaft, ihr Anliegen als Postulat überweisen zu lassen. Er möchte aus ihren Ausführungen noch zwei Aspekte aufgreifen. Der Gemeinderat bezweifle, wie eine so apodiktisch klare Beschaffungsvorgabe – wie sie die Gemeinde Münsingen in einem Reglement habe –, in einem Beschaffungshandel rechtlich geschützt würde. In der Praxis könne man dies durchführen, aber ob dies in einem Reglement eine genügende Grundlage sei, wage er zu bezweifeln. Wenn man die Antwort des Gemeinderats richtig lese, sei er durchaus geneigt, Ittiger Vorgaben intensiv zu prüfen und auch umzusetzen, soweit die 5 Globen, die Ittigen erhalten habe, nicht auf ihren Entwicklungshilfebeiträgen basieren würden; diese würden nämlich einen schönen Bestandteil der 5 Globen ausmachen.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum betr. lokale und nachhaltige Beschaffung wird überwiesen.

7 Postulat forum betr. "Lokal Einkaufen" Funktion/App

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, es tue ihr leid, dass sie heute etwas viel spreche; sie habe Nachholbedarf, sei sie doch im Januar und Februar nicht da gewesen. Sie bitte die Ratsmitglieder, sich vorzustellen, wie unsere Zentrumsplätze aussehen würden. Zu denken sei ans Zentrum Moos, wo sich die Grossverteiler befinden würden und viele Autos in die Tiefgarage und wieder hinaus fahren würden. Denke man ans alte Gümliger Zentrum, wo früher einmal eine Metzgerei, eine Bäckerei Fuhrer, ein Lebensmittelladen gewesen seien. Denke man auch an Muri mit dem alten und dem neuen Zentrum, die so schlecht und recht als Zentrum funktionieren würden, einigermaßen belebt seien und auch Einstellhallenverkehr hätten. Sie bitte die Ratsmitglieder, kurz darüber nachzudenken, wie sie sich die Plätze wünschen würden, wie sie aussehen sollten, damit sie gut wären. Das "Kopfkino", das nun bei den Anwesenden ablaufe, darum gehe es bei diesem Postulat. Es gehe einerseits darum, dass die Zentrumsplätze attraktiver würden, indem dort lokale Geschäfte seien, wo etwas passiere. Es gehe aber auch darum, dass dort Begegnung stattfinde, dass Identität und im weitesten Sinn ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehe, welches jede Gemeinde oder jede Gemeinschaft für das Zusammenleben brauche. Das forum habe sich letztes Jahr recht intensiv mit der Glücksforschung beschäftigt und das vorliegende Thema habe auch etwas damit zu tun. Es sei nämlich tatsächlich so, dass Leute, die sich irgendwo zugehörig fühlen würden, wo Begegnung stattfinde – und zwar im realen Raum, nicht nur im virtuellen –, tendenziell glücklicher seien. Man könnte sich fragen, weshalb dies nicht von selber komme, wenn dies so wäre. Es sei wie immer so, dass gute Sachen eine Investition brauchen würden, damit man nachher einen Ertrag habe. Sie möchte einen Vergleich mit dem Sport machen. Vielleicht habe man einmal gelesen, es wäre gut, Sport zu treiben. Dies sei der Anfang; das Bewusstsein, dies würde einem eigentlich gut tun. Damit sei aber die Sache noch nicht getan, denn es heisse nicht, dass wenn wir das wüssten, wir dies sofort umsetzen würden. Es brauche vielleicht noch einen kleinen Anschub und da gebe es so "Helferlis", die man einsetzen könne. Man könne sich z.B. ein Abo eines Fitnesscenters beschaffen, was eine Motivationspritze sei, tatsächlich hinzugehen. Oder man mache mit Kollegen ab und verbinde den Sport mit einer geselligen Seite.

Genau darum gehe es auch beim vorliegenden Postulat. Einerseits darum, das Bewusstsein zu schärfen, was eigentlich lokal einkaufen bedeute für eine Gemeinde, für uns alle und was wir allenfalls damit zu gewinnen hätten. Auf der anderen Seite gehe es aber auch darum, zu überlegen, welche "Helferlis" es vielleicht brauche, damit lokal einzukaufen eben einfacher wäre. Wir hätten alle unsere Gewohnheiten, hätten viel zu tun und das lokale Einkaufen müsse einigermaßen gut in den Tages- und Wochenplan hineinpassen; sonst sei der Aufwand zu gross und auch wenn man wüsste, dass es gut wäre, mache man es eben nicht. Die Einkaufsgewohnheiten hätten sich in den letzten 10 Jahren massiv verändert. Grossverteiler auf der grünen Wiese, Internet, grenznahe Ausland; was auch immer, es gebe ganz viele neue Möglichkeiten, die entstanden seien. Damit hätten sich auch die Einkaufsgewohnheiten der Leute verändert, sprich es müsse eben "gäbig", schnell und einfach sein, sonst funktioniere es nicht. Was das Postulat vorschlage, nämlich die Möglichkeit einer Plattform mit einer App, solle eben genau bewirken, dass die veränderten Einkaufsgewohnheiten besser in Einklang mit der Realität von kleinen, lokalen Unternehmen gebracht würden. Wie die Umfrage gezeigt habe – die Ratsmitglieder hätten das Mail mit den verschiedenen Aussagen, die aus der Umfrage hätten herausgezogen werden können, erhalten –, gebe es durchaus ein Interesse an so etwas. Auf den ersten Blick könne man sagen,

es sei Potenzial vorhanden; es handle sich natürlich nicht um eine abschliessende Beurteilung, ob dies die beste, einzige oder wichtigste Massnahme sei. Es scheine aber zumindest etwas zu sein, das durchaus Potenzial habe und das es wert wäre, näher angeschaut zu werden. Der nächste Einwand könnte sein, dies seien alles Unternehmer, die sollten doch das selber machen. Dies sei richtig und falsch gleichzeitig. Wir hätten es hier zu tun mit lokal tätigen Unternehmen, die häufig Klein- oder Kleinstunternehmen seien. Manchmal seien es 1 Mann- / 1 Frau-Unternehmen, manchmal mit ein paar wenigen Leuten, aber sicher nicht grössere Organisationen, die über wahnsinnige Ressourcen verfügen würden und wo es einfach sei, über das harte Tagesgeschäft hinauszuschauen und grössere Sachen anzustossen. Es brauche Geburtshelfer, die mithelfen würden, so etwas auf die Beine zu stellen. Selbstverständlich gehe es nicht ohne die Unternehmer, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihres Engagements etwas beitragen müssten.

Damit komme man zur Frage der Aufgabe einer Gemeinde. Ob es eine Gemeindeaufgabe sei, Geburtshelferin zu sein oder allenfalls einen derartigen Prozess zu unterstützen, in welcher Form auch immer? Im weitesten Sinn gehe es in diesem Postulat um Wirtschaftsförderung. Der Vorstoss verlange nicht, dass die Gemeinde plötzlich Softwareentwicklerin werde, sondern er verlange, dass die Gemeinde überprüfe, welche Möglichkeiten sie habe, um die Rahmenbedingungen für das lokale Gewerbe zu verbessern. Für einmal gehe es hier nicht um Wirtschaftsförderung für grössere Betriebe, was eine langjährige und erfolgreiche Tradition in unserer Gemeinde habe, wie dies vom Gemeinderat in seiner Stellungnahme auch unterstrichen werde. Sondern für einmal gehe es um Wirtschaftsförderung für ein anderes Segment unserer Wirtschaft, für die eher kleinen Unternehmen, die im Normalfall etwas durch die Maschen fallen würden. Sie sei ganz klar der Meinung, dass auch dies Wirtschaftsförderung darstelle und zudem sei der weitere Zweck, die Gemeinde etwas näher zusammenzubringen und den Austausch zu stärken. Sie habe auch die Gemeindeordnung angeschaut, in welcher Art. 2 Ausführungen über die Aufgaben mache. Interessanterweise sei dort kein Aufgabenkatalog enthalten, sondern es handle sich um eine sehr offene Formulierung: "*Gemeindeaufgaben können alle Angelegenheiten sein, die nicht ausschliesslich vom Bund, vom Kanton oder von anderen Trägern öffentlicher Aufgaben wahrgenommen werden.*" Und dass es eigentlich nur darum gehe, ob die Aufgaben "*zur Wahrung und Förderung des öffentlichen Wohls*" dienen würden oder nicht. In Abs. 3 werde zudem nahegelegt, die Aufgaben periodisch zu überprüfen, ob sie nach wie vor dem öffentlichen Interesse dienen würden. Sie denke, dass genau dies ein interessanter Punkt sei. Vor vielleicht 10 oder 15 Jahren hätte sie sich kaum dafür stark gemacht, dass die Gemeinde hier eine Aufgabe habe. Aber sie denke wirklich, dass sich für die lokal tätigen Unternehmen die Rahmenbedingungen massiv verändert hätten und es deswegen im öffentlichen Interesse liege, darüber nachzudenken, wie man allenfalls die Rahmenbedingungen verbessern und damit das lokale Gewerbe etwas unterstützen könnte, wie dies andere Gemeinden nota bene auch machen und als ihre Aufgabe ansehen würden.

Wie genau die Gemeinde dies tun wolle, sei selbstverständlich dem Gemeinderat überlassen. Politische Vorstösse sollten ein Ziel formulieren und nicht das Wie oder das Was vorgeben; dies liege in der Kompetenz des Gemeinderats. Das forum halte trotz der ablehnenden Haltung des Gemeinderats am Postulat fest, aber mit dem expliziten Hinweis, dass das forum der Meinung sei, der Gemeinderat habe eine breite Interpretationsmöglichkeit, wie er die Rolle wahrnehmen wolle. Es werde nicht von ihm erwartet, dass er selber eine Software entwickle. Es könnte auch die Rolle sein, einmal einen runden Tisch einzuberufen mit den verschiedensten Parteien, die an diesem Thema ein Interesse hätten; es könnte alles Mögliche sein. Das forum sei bereit, seinen Teil beizutragen, sich aktiv einzubringen und mitzudenken bei diesem Prozess, was im Rahmen der Ressourcen der Gemeinde möglich und machbar wäre. Das forum

hoffe auf die Unterstützung der Ratsmitglieder bei diesem Postulat und auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.

Raphael Racine führt aus, die SP-Fraktion sei klar für die Überweisung dieses Postulats. Sie sei über die Argumentation des Gemeinderats nur mässig glücklich. Er persönlich habe den Eindruck, dass es hier um eine staatspolitische Glaubensfrage gehe; was schlussendlich Staatsaufgabe sein solle und was eben nicht. Der Gemeinderat schreibe in seiner Stellungnahme, es sei nicht Staatsaufgabe, eine derartige App/Funktion zu entwickeln. Dies könne man vertreten. Ein wenig gestört bei dieser Argumentation habe ihn aber – deshalb denke er, es sei eine Glaubensfrage –, dass keine Erklärung gekommen sei, weshalb es keine Staatsaufgabe sei. Vielleicht meine er im Sinn des Subsidiaritätsprinzips, dass bestimmte Dinge, die auch von Privaten geleistet werden könnten, nicht vom Gemeinwesen übernommen werden müssten. Er selber sei der Meinung, dass der Staat tatsächlich gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen müsse. Weiter denke er – wie dies die Vorrednerin gerade gesagt habe –, dass eine solche App eine ideale Plattform wäre, um unser lokales Gewerbe präsentieren und stärken zu können. Dies wäre keine Mega-Staatsintervention; der Metzger müsste seine Wurst immer noch selber machen. Er möchte noch darauf hinweisen, dass die Gemeinde auf ihrer Homepage in bestimmte Richtungen ja bereits Werbung für Private mache. Die privaten Vereine, ein Vereinsverzeichnis und auch ein Veranstaltungskalender seien auf der Homepage abrufbar. Diesbezüglich würde also nicht eine riesige Neuorientierung stattfinden. Der Gemeinderat weise in seiner Argumentation noch darauf hin, wie viel schon für die Wirtschaft gemacht worden sei. Dies möge stimmen, aber zweifellos würden es viele Leute schade finden – wie dies Gabriele Siegenthaler Muinde auch angetönt habe –, dass es die Dorfkäserei, die Dorfmetzgerei nicht mehr gebe und das Kleingewerbe am Verschwinden sei. Ein Multiplexkino könne hierfür nur mässig Ersatz bieten. Man wisse, dass dies mit dem veränderten Einkaufsverhalten der Leute zusammenhänge. Es gebe immer mehr Leute, die via Internet oder bei den Grossverteilern einkaufen würden, da sie dort gerade alles erhalten könnten. Aber er denke, unsere Gemeinde könnte hier etwas Gegensteuer bieten. Noch kurz zum Argument der Schlankheit der Homepage: Er habe die Website angeschaut und man müsste nicht viel verändern in der Struktur, es gebe nämlich bereits die Rubrik Wirtschaft & Gewerbe, dort könnte man die App platzieren. Vielleicht noch ein Wort zu den Bordellen und zum Escort-Service, die ebenfalls von der App profitieren würden: Er selber sei sich gar nicht bewusst gewesen, dass dies ein Thema sei in Muri-Gümligen. Aber vielleicht sei er als glücklich verheirateter Ehemann auch nicht so im Bild darüber. Er habe sich überlegt, dass es sicher möglich sein sollte, hier eine Ausnahmeregelung zu treffen, ohne gerade mit einem Diskriminierungsverbot in Konflikt zu geraten. Dies müsste im Rahmen einer Prüfung des Postulats abgeklärt werden. Kurzum: Die SP wolle das lokale Gewerbe unterstützen, finde lokales Einkaufen auch ökologisch sinnvoll und unterstütze daher die Überweisung des Postulats des forums.

Beat Schmitter führt im Namen der FDP-Fraktion aus, lokal einkaufen sei sicher ein Anliegen, das trotz Internet und Online-Preisvergleichen – diejenigen, welche Geschäfte hätten, könnten ein Lied davon singen –, im Interesse der Konsumenten sei. In diesem Sinn sei die Stossrichtung des Postulats sicher verständlich. Es sei gesagt worden, das Einkaufsverhalten der Bevölkerung – nicht nur in Muri, nicht nur in der Schweiz – ändere sich relativ rasant. In Zeiten von Amazon (er habe dort keine Aktien) und anderen Internetanbietern würden die Leute anders einkaufen. Sie seien berufstätig und würden am Abend oder aus dem Büro schnell bestellen und am Abend werde es geliefert. Jetzt wolle man dies hier mit einer Applikation ändern, unsere Bevölkerung darauf hinweisen, dass es auch lokales Gewerbe gebe; eigentlich eine gute Sache. Aber: Im Gegensatz zu seinen Vorrednern sei er der Meinung, dass dies nicht eine prioritäre Aufgabe der Gemeinde sei. Dies sollten diejenigen Leute machen, die Interesse daran hätten, dass solche Sachen auf die Beine gestellt würden, seien dies

das Gewerbe – der Gewerbeverein – oder andere Organisationen. Jedermann könnte dort mitmachen, dies könnten auch Konsumentenorganisationen sein, die dies möchten. Diesfalls sei dies eine gute Sache, aber für die Gemeinde sei es sicher nicht eine originäre Aufgabe, ein solches Projekt zu führen oder aktiv zu unterstützen. Erfahrungen in anderen Gemeinden in der Agglomeration würden zeigen, dass die Akzeptanz von solchen Applikationen gering sei. In einer eher kleineren Gemeinde habe man diese Applikation gestartet, zwischenzeitlich zwar nicht beerdigt, aber sistiert und hoffe, dass sich das Konsumverhalten der Leute doch noch ändere, aber es passiere dort im Moment nichts mehr. Ein letzter Punkt: Ohne in den Kompetenzbereich des Gemeinderats eingreifen zu wollen (dies sei nicht die Aufgabe des Parlaments) könnte er sich persönlich vorstellen, dass der Gemeinderat nicht taube Ohren habe, wenn irgendeine Organisation so etwas aufstellen und mit der Gemeindehomepage verlinken möchte, eben z.B. unter der Rubrik Wirtschaft & Gewerbe. Aber die Führung eines derartigen Projektes sollte ganz klar nicht bei der Gemeinde liegen. In diesem Sinn beantrage die FDP-Fraktion, die Überweisung des Postulats abzulehnen.

Jürg Stettler (forum) erklärt, gemäss den Ausführungen von Gabriele Siegenthaler Muinde gehe es auch um die Frage, was für eine Gemeinde wir haben möchten, was uns wichtig sei. Er sei die Worbstrasse entlang gelaufen; es habe dort Garagen, Restaurants – die alle etwa gleich aussehen würden – und auch noch einige Tankstellen. Ob dies eine Gemeinde sei, auf die wir stolz sein könnten? Er habe gelesen, dass der Gemeindepräsident gesagt habe, wir möchten weiterhin eine Leuchtturmgemeinde bleiben. Was bei uns eigentlich leuchte? Der Steuerfuss ein wenig und sonst vor allem am Abend spät die Leuchtreklamen von Media Markt, Lipo und anderen. Dort würden Leute arbeiten, die vermutlich die Mieten in unserer Gemeinde nicht bezahlen könnten. Es sei doch ein wenig "schäbig", wenn der Gemeinderat nicht einmal bereit sei, das örtliche Gewerbe etwas zu unterstützen. Er finde dies wirklich himmeltraurig.

Raphael Racine (SP) führt aus, beim Votum von Beat Schmitter sei ihm – wie schon in der Argumentation des Gemeinderats –, aufgefallen, dass es sich offenbar um eine Glaubensfrage handle. Beat Schmitter sage, es sei keine originäre Staatsaufgabe. Er müsse diesbezüglich nachhaken: Weshalb es keine originäre Staatsaufgabe sei?

Daniel Arn (FDP) erklärt, es sei nicht die Frage, wessen Aufgabe es sei, sondern welches der Nutzen daraus sei. Dies sei etwa gleich wie wenn man sage, man müsse alle Poststellen erhalten. Aber wie viele Leute noch die Poststellen aufsuchen würden; fast niemand mehr. Es mache auch keinen Sinn, da gewisse Veränderungen vorhanden seien. Wenn der Anstoss nicht vom Gewerbe selber komme, von den Unternehmen und Betrieben, so werde dies gar nie funktionieren, könne es gar nicht. Dies habe auch nichts mit Wirtschaftsförderung zu tun, sondern werde an die Wand laufen. In Langenthal, wo er ebenfalls involviert sei, mache man sich auch Überlegungen zum Ladensterben. Aber auch dort sei das Problem, dass auch eine App nichts nütze, wenn nicht innovative Leute da seien. Von ihm aus gesehen handle es sich nicht um eine Staatsaufgabe- oder Glaubensfrage, sondern um rein pragmatische und praktische Überlegungen. Wenn es nicht unmittelbar von denjenigen komme, die es dann auch betreiben würden, werde dies nicht funktionieren. Eine App alleine nütze zudem noch nichts. Man sehe zwar etwas, aber wenn man keine Interaktionen auslösen könne, werde nichts passieren. Er denke auch, dass, wenn man schon von Wirtschaftsförderung spreche, es etwas Besseres gebe, und dies seien die "NRP-Geschichten". Genau über solche Kanäle würden derartige Projekte laufen. Von ihm aus gesehen seien es NRP-Projekte, die mit dem Gewerbe zusammenlaufen müssten, dann hätten sie eine grosse Möglichkeit auf Nachhaltigkeit. Fazit: Wenn es nicht von den Betrieben direkt komme, werde das nie funktionieren und die Glaubensfrage stelle sich nicht.

Carole Klopstein (Grüne) führt aus, dies sei ihr erstes Votum und sie sei etwas nervös. Sie wohne noch nicht sehr lange in der Gemeinde, sie sei erst im letzten September zugezogen. Sie wäre sehr froh gewesen, hätte sie eine solche App oder zumindest eine gute Funktion im Internet gefunden, um nachzuschauen, wie, wo und wann sie in der Gemeinde einkaufen könne. Sie bemerke in ihrer Generation – dies sei nun alles sehr subjektiv, deshalb habe sie es auch nicht bei den Fraktionsvoten vorgebracht –, dass wieder vermehrt darauf geachtet werde, wo und bei wem man einkaufe und von wo das Produkt komme. Sie habe auch gemerkt, dass immer mehr junge Leute wieder vermehrt Freude daran hätten, auf den "Märit", in die "Chäsi" oder in die Bäckerei zu gehen, sie zähle sich persönlich auch dazu. Wenn kein Instrument zum Nachschauen vorhanden sei für Leute, die neu in eine Gemeinde zuziehen würden, dann sei die Informationsbeschaffung wann was sei und wo man es finde, eher etwas mühsam. Sie spreche hier vor allem von Gemüseständen und Gemüsemärkten. Es wäre sehr lobenswert und sehr produktiv für eine Gemeinde, wenn das Dorfleben etwas mehr gefördert würde. Man müsse hier nicht unbedingt nur auf der Schiene "App" fahren, sondern könnte dies auch via Homepage der Gemeinde oder in Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe tun, das sicher ein grosses Interesse an einer Mitwirkung hätte und froh wäre über einen ersten Anstoss der Gemeinde für die Realisierung eines solchen Projektes.

Markus Reimers (FDP) erklärt, er habe auch nichts vorbereitet und sei eher ein seltener Sprecher. Er möchte nur kurz Gabriele Siegenthaler Muinde antworten mit einem Vergleich zu den medizinischen App's. Dort wisse man haargenau, dass eine App das Verhalten der Personen praktisch nicht verändere. Wenn man einen Zähler habe, wie viele Schritte man pro Tag mache, so nehme man deswegen nicht mehr ab bzw. der Effekt sei minim. Und noch eine Bemerkung zu Raphael Racine: Es seien vielfach verheiratete Männer, die Bordelle besuchen würden. Es gehe hier um die simple Frage, ob wir eine Gemeinde-App wollten. Wenn er einen Bäcker suche – so viele Bäcker hätten wir in der Gemeinde gar nicht mehr –, so komme er mit einer Google-Eingabe genauso zu der gewünschten Information. Bei den Gemüseständen sei dies vermutlich ziemlich ähnlich. Wirtschaftsförderung sei ein anderes Thema, aber die App sei für ihn eine völlig illusorische Sache.

Andrea Corti (FDP) führt aus, die Grundidee einer solchen App finde er gut. Aber wenn man die Konsumenten frage, so würden vermutlich die meisten sagen, sie wollten lokal einkaufen können und möglichst viele "Lädeli" in der Gemeinde haben. Dabei stelle er sich die Frage, wenn dies der Wunsch so vieler Konsumenten sei, weshalb es dann überhaupt zum "Lädelisterber" gekommen sei. Höchstwahrscheinlich weil wir einerseits solche Wünsche hätten, aber dann konkret selber nicht bereit seien, diese umzusetzen und in diesen Geschäften einzukaufen. Deshalb frage er sich, ob eine App überhaupt die Chance hätte, etwas zu verändern. Dass die Chance offenbar nicht so gross sei, habe man dem BZ-Artikel vom 12. April 2017 entnehmen können, wo stehe: *"E-Shop in Stettlen ein Flop."* Dort habe die Gemeinde selber aufwändig und kostspielig einen E-Shop etabliert. Im BZ-Artikel werde ausgeführt: *"Aus der Zuversicht wurde schnell Ernüchterung. Die Bestellungen nahmen stetig ab, seit Anfang 2015 ist die Seite nicht mehr abrufbar."* Das Problem sei offenbar, dass zwar die Wünsche vorhanden seien, das Verhalten dann aber völlig anders sei. Deshalb habe er das Gefühl, dass ein solches Projekt sehr geringe Chancen hätte, bei der Einstellung der Konsumenten etwas zu verändern. Eine andere Frage sei, ob man mit dieser App – die ja dann von der Gemeinde aus kommen solle – alle Gewerbetreibenden überhaupt gleichbehandeln könnte. Welche dürften auf der App erscheinen und welche nicht? Müsste man sagen: "nur bis zu einer gewissen Grösse oder nur diese Kategorien"? Es werde schon schwierig, wenn die Gemeinde damit beginne, diesbezüglich Regeln aufzustellen. Ob sich z.B. die Grossverteiler nicht präsentieren dürften? Darüber müsste man sich Gedanken machen und es werde schwierig, wenn der Gemeinderat plötzlich

Spielregeln aufstellen müsste. Dies seien nun nur zwei Bereiche, die für ihn aber schon ausreichend seien um zu sagen, dass das Postulat nicht überwiesen werden könne.

Jennifer Herren (SVP) führt aus, sie erachte es grundsätzlich als eine gute Sache, wenn man Konsumenten und Gewerbler zusammenbringe; insbesondere, wenn man das lokale Gewerbe bekannt mache. Sie sei aber der Meinung, dass es keine Aufgabe des Staates oder der Gemeinde sei, dies zu organisieren. Sie habe das Gefühl, es wäre viel sinnvoller, wenn man dies – vielleicht auch auf Initiative des forums – beim Gewerbeverein beliebt machen würde. So könnte das Projekt auf Initiative von Privaten und vom Gewerbe realisiert werden; sie finde wirklich, dass es keine Aufgabe der Politik sei. Auch sie sehe zudem die von Andrea Corti angesprochene Problematik bei der Gleichbehandlung der Gewerbebetriebe. Sie erachte es wirklich als besser, wenn man dies die Privaten machen lasse.

Reto Lauper (SVP) erklärt, er wolle noch eine Ergänzung anbringen: Es gebe das Proinfo-Heft in der Gemeinde. Er habe sich erlaubt, während der Parlamentssitzung kurz nachzuschauen. Dieses weise rund 70 Seiten auf und werde – so viel er wisse – auch an die Neuzuzüger verschickt. Dort könnten sich die Parteien, die Vereine und natürlich eben auch das lokale Gewerbe vorstellen. Dies als Ergänzung; er finde dies ein sehr gutes und informatives Heft.

Eva Schmid (SP) führt aus, sie finde das Heft auch gut, es sei aber leider nicht vollständig. Sie habe es vor drei Jahren angeschaut, als sie es als Neuzuzügerin erhalten habe. Sie habe darin z.B. den Velohändler in Muri, den sie dringend gebraucht hätte, um das Velo flicken zu lassen, nicht gefunden. Ihr Nachbar habe sie dann darauf hingewiesen, dass es auch in Muri einen Velohändler gebe, auf dem "netten" Zentrumsplatz.

Reto Lauper (SVP) erklärt, die Gewerbetreibenden würden angefragt und müssten sich dann eben – wie bei einer App – selber vorstellen.

Jennifer Herren (SVP) erklärt, sie zähle sich wie Carole Klopstein zu der jungen Generation und wenn sie etwas suche im Dorf, mache sie dies jeweils via Google; dies funktioniere sehr gut.

Andreas Kohler (SP) führt in Bezug auf das Proinfo-Heft aus, vorher habe es immer geheissen, eine App sei nicht Aufgabe der Gemeinde.

Reto Lauper (SVP) erklärt, Proinfo sei privat.

Martin Humm (EVP) führt ergänzend aus, Proinfo finanziere sich über Inserate. Wenn ein Gewerbebetrieb dort erscheinen wolle, müsse er ziemlich viel bezahlen; es seien so viel er wisse mehr als CHF 1'000.00 pro Seite. Dies sei vermutlich die Erklärung, weshalb der Velohändler nicht aufgeführt sei.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Thomas Hanke führt in seinem Schlusswort aus, Gabriele Siegenthaler Muinde habe ihm aus dem Herzen gesprochen, als sie gesagt habe, politische Vorstösse hätten die Aufgabe, ein Ziel zu definieren, das Wie und das Was seien dann dem Gemeinderat überlassen. Der Gemeinderat begrüsse lokales Einkaufen ebenfalls – dies sei das Ziel –, aber das Postulat verlange eigentlich ein Wie und ein Was und dies sehe der Gemeinderat anders. Wenn jetzt noch im Raum stehen bleiben würde, der Gemeinderat verhalte sich nicht wirtschaftsfreundlich, würde er den Ball zurückgeben: Der GGR begeben sich nach den Sitzungen nicht mehr ins Restaurant, sondern löse das "in house".

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt in ihrem Schlusswort, sie wolle drei vorgebrachte Aspekte herauspicken:

- Beim Proinfo steche ins Auge, dass die Informationen ein gewisses Alter hätten; sie seien nicht up to date. Die Umfrage habe ergeben, dass das Bedürfnis der Bevölkerung die Kenntnis über die Öffnungszeiten und den Lageplan der Geschäfte sei. Lebensmittel seien bei den kleinen Geschäften noch am einfachsten, aber bei allem, was darüber hinausgehe, sei es nicht immer so einfach zu wissen, wann das Geschäft offen sei, da es eben nicht typischerweise von Montagmorgen 09.00 bis Samstagnachmittag 16.00 Uhr geöffnet sei. Zum Teil gebe es eingeschränkte Öffnungszeiten und wenn man diese nicht kenne, gehe man gar nicht erst dorthin, da die Gefahr anzurennen zu gross sei. Diesbezüglich hätte natürlich eine App einen Riesenvorteil.
- Natürlich brauche es für die Entwicklung einer App ganz viel rundherum. Es brauche einen ganzen Prozess, eine Diskussion – auch eine Diskussion mit den Gewerbetreibenden –, es brauche Innovation. Es müsse also ein Prozess und ein Austausch um Rahmenbedingungen stattfinden, was dann den Anstoss für eine App in einem konkreten Rahmen geben könne. Es müsse etwas heraus schauen und man müsse nicht im luftleeren Raum miteinander darüber diskutieren, was man alles anders machen könnte.
- Sie finde das Beispiel Stettlen nur beschränkt aussagekräftig. Einerseits hätten sie dort einen E-Shop lanciert, um auf lokaler Ebene das zu machen, was man im Internet mache. Ob das wirklich einen Mehrwert für lokales Einkaufen ergebe, wage sie zu bezweifeln. Es gehe darum, den Leuten an den verschiedenen Orten zu begegnen und nicht, dass alles über das Internet abgewickelt werde. Sie wisse auch nicht, wie die Gemeinde Stettlen die Bewerbung ihrer App angegangen sei, wie sie diese aufgestellt habe, ob es ein partizipatives Verfahren gewesen sei, ob es eine Begleitgruppe gegeben habe etc. All dies wisse man nicht; es handle sich aber um elementare Aspekte, wenn man ein derartiges Projekt angehen wolle. Die App selber, das Produkt, sei das einfachste, die Schwierigkeit sei die Positionierung. Dort möchte sie die Ratsmitglieder einladen, etwas über den Horizont hinauszuschauen. Natürlich gehe es im Postulat um eine App "Lokal Einkaufen"; irgendwo müsse man den Gegenstand eines Postulats etwas eingrenzen. Verschiedene Gemeinden hätten mittlerweile eine Gemeinde-App. Das Ziel bei der Positionierung einer Gemeinde-App, die wir vielleicht einmal haben würden, sei, dass die App Nutzer habe, dass etwas darüber passiere. Mit der App müsse man möglichst viele verschiedene Bedürfnissegmente abholen, die mit der Gemeinde etwas zu tun hätten, damit ganz unterschiedliche Leute, welche unterschiedliche Aspekte der App brauchen würden, auf das Teil zukommen würden. Ob dann dort ein Online-Reservationssystem darüber laufe, oder der Bezug von SBB-Tageskarten, oder eben die Informationen über lokales Einkaufen, oder Informationen über Vereinsanlässe; all das müsse sich im Idealfall in etwas zusammen bilden, das als Gesamtpaket für die Bevölkerung der Gemeinde ein echter Mehrwert darstelle. Dafür brauche es eben auch die Gemeinde, dies könnten nicht einfach die Privaten machen.

Beschluss

Die Überweisung des Postulats forum betr. "Lokal Einkaufen" Funktion/App wird mit 18 zu 17 Stimmen abgelehnt.

8 Informationen des Gemeinderats

Sanierung und Erweiterung Kindergarten Horbern

Barbara Künzi informiert, sie könne die erfreuliche Mitteilung machen, dass der Kindergarten Horbern nicht wie geplant im Herbst eröffnet werde, sondern bereits auf das neue Schuljahr. Die Schlüsselübergabe an die Kindergärtnerinnen sei am 21. Juli 2017. Diese könnten dann mit dem Zügeln und dem Einrichten beginnen, damit die alten und die neuen Kinder wieder dort anfangen könnten. Die Ratsmitglieder seien sicher daran interessiert, den Kindergarten zu sehen. Sie habe eine Begehung vor der GGR-Sitzung im August vorgesehen und wie sie in der letzten Gemeinderatssitzung verstanden habe, werde abgeklärt, ob die GGR-Sitzung in der Nähe abgehalten werden könnte.

Vergärungsanlage KEWU

Daniela Pedinelli erklärt, die Ratsmitglieder hätten zwar heute die Einladung zum Parlamentsausflug auf den Tischen aufliegend gehabt. Sie möchte trotzdem darauf hinweisen, dass noch die Möglichkeit bestehen würde, am Samstag, 10. Juni 2017, die Vergärungsanlage bei der KEWU in Krauchthal zu besuchen. Es sei ca. 15-20 Minuten dorthin und es gebe alles, was bei einer Eröffnung dazu gehöre. Es handle sich um einen Tag der offenen Tür; man könne dort essen, einen Film schauen, die Vergärungsanlage oder die ganze Anlage anschauen.

Umgestaltung Bahnhofstrasse Gümligen

Markus Bärtschi informiert, auf der Baustelle beim Bahnhof sei alles nach Plan verlaufen. Die Umleitung für die Autos werde wie vorgesehen morgen Abend aufgehoben und der Trambetrieb auf der Linie 6 werde übermorgen Donnerstag, frühmorgens, wieder aufgenommen. Die Fertigstellung, inkl. Veloparkierung, erfolge im kommenden Mai.

9 Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat Lauper (SVP) – Öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, an welchen Standorten in Muri-Gümligen Ladestationen für Elektrofahrzeuge geeignet anzubieten sind. Im Weiteren ist zu prüfen, welche Finanzierungsmöglichkeiten für Installation, Unterhalt und Stromverbrauch möglich sind.

Begründung

Der Trend weg von herkömmlichen Verbrennungsmotoren hin zu Elektrofahrzeugen ist ungebremsst, steht aber noch am Anfang einer langen Entwicklung. Um diese ökologisch sinnvolle Richtung auch bei uns lokal anzukurbeln, ist es wichtig, öffentliche Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge in unserer Gemeinde anzubieten. Dadurch steigt die Motivation für den Kauf eines Elektrofahrzeuges in der Bevölkerung. In nahegelegenen Gemeinden (z.B. Rubigen und Münsingen) werden bereits einige unterschiedlich finanzierte Ladestationen angeboten. Nicht nur in der Euphorie des erst kürzlich erhaltenen «Energistadt»-Labels, aber auch als Kommune mit traditionell ökologischem Augenmerk, ist es nötig, dass auch in Muri-Gümligen solche Lademöglichkeiten öffentlich zugänglich sind. Es geht dabei nicht darum «an jeder Ecke» eine solche E-Tankstelle anzubieten, sondern vielmehr ganz punktuell und geographisch sinnvoll. Beispielsweise bei Schulhäusern, Mobility Stationen (bisherige und zukünftige), Einkaufs- und Gewerbezentren oder beim Neubau der Gemeindeverwaltung. Dabei ist nicht ausser Acht zu lassen, dass eine Voraussetzung für einen wirklichen ökologischen Nutzen solcher Ladestationen der Nachweis ist, dass der aus-

gegebene Strom auch ökologisch sinnvoll und nachhaltig produziert wird, beispielsweise aus einer nahegelegenen Photovoltaikanlage oder ähnlichem. Es ist zu prüfen, welche Finanzierungsarten für eine solche Installation möglich sind. Es hat sich bisher an anderen Standorten gezeigt, dass das Betreiben von Ladestationen auch möglich wäre, wenn der Strom sogar gratis an den Kunden, bzw. dessen Elektroauto abgegeben wird. Beispielsweise durch Sponsoring einer Institution, Gemeinde, Verein oder Gewerbe.

Gümligen, 25. April 2017

Reto Lauper

I. Schnyder, A. von Gunten, J. Herren, Ch. Spycher, P. Kneubühler, R. Lütolf, A. Thaler, L. Ezquerro, B. Schneider, M. Gubler, C. Klopstein, L. Lehni, R. Mäder, P. Waldherr-Marty, A. Kohler, R. Racine, K. Jordi, L. Bircher, D. Bärtschi, M. Humm, P. Rösli, R. Waber, G. Siegenthaler Muinde, E. Schmid (25)

Interpellation Rudolf Waber (SP): Welches sind die Auswirkungen auf die Gemeinde Muri infolge des Dekrets über die allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte (AND)

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 20. März 2017 das oben erwähnte Dekret beschlossen, wonach sämtliche nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte neu bewertet werden. Das AND tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und unsere Gemeinde wird selbstverständlich auch davon betroffen sein. Die aktualisierten Bewertungsnormen werden sodann die Grundlage bilden für die von der kantonalen Steuerverwaltung vorzunehmenden allgemeinen Neubewertungen der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte. Die Eröffnung der neuen Werte erfolgt im Verlaufe des Jahres 2020.

Welche Auswirkungen auf das Finanzergebnis ab dem Jahr 2020 der Gemeinde Muri b. Bern sind zu erwarten?

Muri, 25. April 2017

Rudolf Waber

Interpellation Kneubühler (FDP) betreffend Zwischenbericht zur Motion FDP/JF-Fraktion «Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben»

Obgenannter Zwischenbericht hat aus Sicht des Interpellanten neue Fragen aufgeworfen, um deren Beantwortung der Gemeinderat gebeten wird.

In seiner Antwort vom 18. Juli 2016 auf die Interpellation Kneubühler (FDP) betreffend Aufhebung von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen hat der Gemeinderat festgehalten, dass es im Kompetenzbereich des Leiters Umwelt & Verkehr liege, Aufträge zur Demarkierung von Fussgängerstreifen (FGS) in Tempo-30-Zonen zu vergeben. Im Zwischenbericht hält der Gemeinderat zudem fest, dass FGS in Tempo-30-Zonen im Kanton Bern einer Bewilligung des Tiefbauamts bedürfen.

1. Seit wann gilt diese Bewilligungspflicht, und auf welcher rechtlichen Grundlage beruht sie?
2. War für die Demarkierung der in den Tempo-30-Zonen aufgehobenen FGS ebenfalls eine solche Bewilligung erforderlich? Falls nein, weshalb nicht?
3. Hätte für die bereits demarkierten FGS vor deren Aufhebung eine Bewilligung des kantonalen Tiefbauamts eingeholt werden müssen, damit diese hätten weiterbestehen können? Falls ja, wurden entsprechende Gesuche gestellt?

4. Muss für alle noch bestehenden FGS in Tempo-30-Zonen eine Bewilligung des kantonalen Tiefbauamts eingeholt werden?
5. Warum muss für die Wiederherstellung demarkierter FGS, die jahrelang Bestand gehabt haben, ein Bewilligungsgesuch beim kantonalen Tiefbauamt gestellt werden?
6. Ist das Einholen einer solchen Bewilligung für das Markieren gänzlich neuer (also nicht aufgehobener) FGS in Tempo-30-Zonen notwendig?
7. Warum braucht es überhaupt eine derartige Bewilligung, handelt es sich in kommunalen Tempo-30-Zonen doch um Strassen, die sich im Besitz der Gemeinde und nicht des Kantons befinden?
8. Weshalb wurde auf der Dunantstrasse an total übersichtlicher Stelle in Verlängerung des Feldwegs zum Multengut ein neuer FGS markiert? Wer hat einerseits den Anstoss dazu gegeben und wer andererseits den Auftrag dafür erteilt? Musste dieser FGS auch vom kantonalen Tiefbauamt bewilligt werden?

Jahrzehntelang führte ein FGS über die Alpenstrasse zum Tannenweg. Die entsprechende Stelle ist die wichtigste Querung für Kindergärteler (ab viertem Altersjahr) und Erst- bis Viertklässler auf ihrem Weg zum Doppelkindergarten und zur Schulanlage Melchenbühl bzw. von dort zurück nach Hause. Offensichtlich war dieser FGS nicht normgerecht, da der Warteraum auf der einen Seite unsicher war.

Mit Aufhebung des FGS hat sich die heute ungenügende Warteraumsituation in keiner Weise verbessert, sondern im Gegenteil noch verschlimmert, da Fahrzeuge, um bei der jetzigen Verengung trotzdem kreuzen zu können, auf das abgesenkte Trottoir ausweichen und genau über diesen Warteraum rollen – eine äusserst gefährliche Situation, die sich unter dem alten Regime mit FGS und ohne Verengung nie ereignet hätte.

9. War der unsichere Warteraum der ausschlaggebende Faktor für die Aufhebung des FGS?
10. Hätte der Gemeinderat nicht auch handeln und den Warteraum absichern können, um den FGS normgerecht auszugestalten, statt ihn aufzuheben?
11. Seit wann ist dem Gemeinderat bekannt, dass dieser Warteraum unsicher und der FGS somit offenbar nicht normgerecht war?

Gümligen, 25. April 2017

Peter Kneubühler

Der Vorsitzende informiert, eine Jugendmotion sei nicht eingereicht worden. Die hängige Jugendmotion "Downhill Park / - Bahn" werde das nächste Mal auf der Traktandenliste stehen.

Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die aufliegende Einladung und den Anmeldetalon für den Parlamentsausflug. Es sei sozusagen eine Konkurrenzveranstaltung zu derjenigen vom 10. Juni 2017 in Krauchthal. Wir würden aber nicht so weit weggehen, da es ihm ein Anliegen sei, in der Gemeinde zu bleiben. Der Parlamentsausflug beginne am 27. Juni 2017 um 17.00 Uhr bei der Firma Bigler und anschliessend begeben man sich zum Apéro und zum Nachtessen ins Restaurant Mattenhof. Das Programm im Detail stehe im Wesentlichen. Es sei möglich, dass es noch etwas reicher werde. Es würden hochkarätige und kundige Leute zur Entsorgung – die uns einerseits als Einwohnerin und Einwohner und andererseits als Politikerin und Politiker der Gemeinde etwas angehe – zur Verfügung stehen. Allfällige fremde und unangenehme Gerüche werde man spätestens auf dem Weg von der Feldstrasse zum Restaurant Mattenhof hinter sich gelassen haben, um dort lustvoll zu essen oder ebenso Vergärbares zu produzieren. Er sei sicher, dass Reto Lauper ein Gastgeber sei, der sich Mühe gebe; es werde ganz sicher sauber sein und er freue sich darauf. Er wünsche sich natürlich, dass möglichst viele Ratsmitglieder Lust hätten und dabei sein könnten. Man befinde sich in einer neuen Legislatur und einige würden sich noch nicht kennen. Es handle sich also um eine gute Gelegenheit, um vielleicht einmal nebeneinander zu sitzen und zu spüren, wer der andere sei, auch wenn man unter Umständen hier im Saal gegeneinander stimme. Er freue sich auf zahlreiche Anmeldungen. Bei der Terminfestlegung habe man geschaut, dass an diesem Dienstagabend nicht noch andere Politik in Fraktionen u.a. gemacht werde.

Die nächste Sitzung des Parlaments werde am 23. Mai 2017 stattfinden.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Walter Thut

Anni Koch